

## Lebensbilder von GewerkschafterInnen aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz

Vortrag von Joachim Hennig, gehalten am 2. Mai 2013 beim DGB in Mainz

Sehr geehrter Herr Muscheid, sehr geehrter Herr Dr. Schiffmann, sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie, Herr Muscheid, herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung, und Sie, Herr Dr. Schiffmann, für die einführenden Grußworte und Sie alle für den aufmunternden Beifall.

Ich möchte Ihnen anhand einiger Lebensbilder von Gewerkschaftern und einer Gewerkschafterin aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz die Zerschlagung der Gewerkschaften vor 80 Jahren und ihre Vor- und Nachgeschichte etwas näherbringen. Das ist ein ambitioniertes Programm. Da bin ich sehr froh, dass mich Frau Julianna Salzman mit einer kleinen Ausstellung von Skulpturen unterstützt, die ihr 1979 verstorbener Vater Hugo Salzman aus Bad Kreuznach vor 50, 60 Jahren geschaffen hat. Salzman war seit 1918 Gewerkschafter und nach dem Zweiten Weltkrieg Gewerkschaftssekretär. Das Schnitzen hat er sich im südfranzösischen Konzentrationslager Le Vernet, um mit dieser Verfolgung und seinem Schicksal fertig zu werden, selbst beigebracht. Ich komme noch darauf zurück.

Bekanntlich wurde der 1. Mai im Jahr 1889 als Kampftag der Arbeiterbewegung ausgerufen und im Jahr 1890 zum ersten Mal mit Massenstreiks und Massendemonstrationen begangen. In diesen Jahren wurden in der Nähe von Koblenz zwei Gewerkschafter und (Lokal-)Politiker geboren: 1890 Johann Dötsch in Metternich (heute: Koblenz-Metternich) und 1889 Jakob Newinger in St. Sebastian (später auch in Metternich wohnhaft). Beide machten eine Lehre und wurden Soldat: Newinger vor dem Ersten Weltkrieg und unfreiwillig. Er kam bis nach Kiautschou, der damaligen deutschen „Musterkolonie“. Ebenso unfreiwillig nahm er am Ersten Weltkrieg teil. Dötsch war auch Soldat im Ersten Weltkrieg. Er hatte sich freiwillig gemeldet und war Berufssoldat geworden.

Nach dem Ersten Weltkrieg waren beide Gewerkschafter. Newinger sorgte dafür, dass bei seiner Arbeitsstelle, der Köln-Düsseldorfer-Dampfschiffahrtsgesellschaft erstmals ein Betriebsrat gebildet und er dort hineingewählt wurde. Auch organisierte er manche – auch wilde - Streiks. 1925 trat er in die KPD ein und zog nach Koblenz-Metternich.

Dort war bereits Johann Dötsch aktiv. Er war inzwischen Beamter und SPD-Mitglied. Bald machte er eine kleine Karriere und arbeitete sich über den Ortsverein Metternich zum Parteisekretär und zum Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Koblenz hoch.

Die Goldenen Zwanziger Jahre waren für die arbeitende Bevölkerung längst nicht so golden wie man glauben machen wollte. Später erinnerte sich Jakob Newinger:

**Die Arbeitslosigkeit nahm immer größere Formen an, so dass es für einen aktiven Gewerkschafter immer schwerer wurde, eine Arbeit zu finden. Man lief von einem Unternehmer zum anderen. Man hatte schon mal Glück, wenn eine fremde Firma auftauchte, bei der man noch unbekannt war, eingestellt zu werden. Als man die unsozialen Verhältnisse zu ändern versuchte, lag man wieder auf der Straße. Ab und zu wurde man zu Notstandsarbeiten herangezogen. Die Löhne waren gering und nicht von langer Dauer. Mit Unterstützung der kapitalistischen Gesellschaft als Geldgeber formierte sich der Faschismus unter Führung**

**Hitlers. Nun galt es für die Arbeiterklasse, den Kampf gegen den Faschismus zu führen, welcher unter dem Schutz der Polizei stand. Die Arbeiter bekamen den Gummiknüppel oft zu spüren. Leider wurde der Abwehrkampf von der SPD-Führung nicht unterstützt.**

Die Weltwirtschaftskrise führte auch im politischen Bereich zu einer Polarisierung. Die hier erwähnten Arbeitervertreter waren ja nicht nur Gewerkschafter, sondern auch - und vielfach in erster Linie - Parteipolitiker. Nicht wenige Gewerkschafter und Politiker verdankten dieser Zuspitzung ein politisches Mandat. So wurde der Vater von Frau Salzmann Hugo Salzmann 1929 Mitglied des Stadtrates von Bad Kreuznach und Gewerkschaftsfunktionär im Orts- und Kreiskartell. Jakob Newinger kam in den Metternicher Gemeinderat. Dort war auch Johann Dötsch - inzwischen Vorsitzender der SPD-Fraktion und Mitglied des Provinziallandtages der preußischen Rheinprovinz.

An eine Zusammenarbeit oder gar Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten war – trotz vereinzelter Aufrufe – nicht zu denken. Verheerend war vor allem die von Stalin verkündete und von den deutschen Kommunisten übernommene Parole, Faschismus und Sozialdemokratie seien keine Antipoden, sondern Zwillingbrüder. Damit diffamierten sie die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“.

Die Konfrontation zwischen den Arbeiterparteien spitzte sich in der Weltwirtschaftskrise und infolge der unterschiedlichen Haltung gegenüber der Brüning'schen Deflationspolitik zu. Während die SPD diese Politik im Reichstag duldeten, machte die KPD auf allen Ebenen dagegen Front. Darüber gerieten auch die beiden Metternicher Dötsch und Newinger aneinander. Newinger erinnerte sich später:

**Als die Notverordnung zur Debatte stand, war es für uns sehr wichtig, auch im Gemeinderat dagegen Stellung zu nehmen. Zu dieser Aufgabe bestimmte man mich. Ich wandte mich an alle Parteien, insbesondere an die SPD (...) Ich legte unseren Antrag zur Abstimmung vor, wobei es zu einer scharfen Auseinandersetzung kam. Der Vorsitzende der SPD, Dötsch, der die Brüning'sche Notverordnung verteidigte, ging so weit, dass er mich persönlich beleidigte, worauf ich ihm eine Rüge vom Bürgermeister erteilen (lassen wollte). Als der Bürgermeister unsere Forderung ablehnte, gab ich dem SPD-Dötsch eine schallende Ohrfeige, was von den Zuhörern mit Beifall aufgenommen wurde. Nach dem Handgemenge wurde die Sitzung geschlossen. Das Überfallkommando traf ein, als alles vorbei war. Ich stand noch mit einem Kollegen am Ausgang des Lokals, als mich ein Polizeioffizier fragte, was denn los sei. Daraufhin sagte ich ihm, hier sei überhaupt nichts los gewesen. Die SPD stellte beim Gericht eine Anzeige wegen Körperverletzung. Ich erhielt 50 Mark Geldstrafe, die dann unter die Hindenburgamnestie fiel. Ich wurde aus dem Gemeinderat ausgeschlossen.**

Trotz aller Kontroversen und Anfeindungen waren diese Arbeitervertreter in denselben Gewerkschaften. Bekanntlich gab es damals noch keine Einheitsgewerkschaft wie heute, sondern Richtungsgewerkschaften – also Gewerkschaften, die sich einer weltanschaulichen oder politischen Richtung verpflichtet führten. Am stärksten waren damals die Freien Gewerkschaften, in denen die sozialistischen Arbeiter und zwar sowohl die sozialdemokratischen als auch die kommunistischen organisiert waren. Daneben gab es die christlichen Gewerkschaften und die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Es leuchtet ein, dass bei diesen Anfeindungen die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten und der Kommunisten in denselben Gewerkschaften sehr schwierig war. Daraus zogen die Kommunisten

gegen Ende der Weimarer Republik die Konsequenz und gründeten eine eigene kommunistische Gewerkschaft, die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO). Vertreter dieser neuen Gruppierung waren der Kommunist und „kleine“ Manager bei Opel in Rüsselsheim, Andreas Hoevel und seine Frau Anneliese Hoevel. Andreas Hoevel war dann in Wiesbaden örtlicher Funktionär der RGO. Alle anderen hier erwähnten Gewerkschafter waren und blieben Mitglieder der Freien Gewerkschaften.

Demgegenüber nahm die Zusammenarbeit der SPD und der Gewerkschaften zu – etwa durch gemeinsame Aktionen des republiktreuen Kampfbundes „Schwarz-Rot-Gold“ oder der Ende 1931 gegründeten „Eisernen Front“, in der sich SPD, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, das Reichsbanner-Schwarz-Rot-Gold u.a. zusammengeschlossen, um – unter Ausklammerung der KPD – ein einheitliches Vorgehen gegen die Rechte und die NSDAP erreichen.

Dieses und anderes Engagement konnte aber nicht die Machtübernahme durch Hitler und seine Leute am 30. Januar 1933 verhindern. Es gab Aufrufe zu einem Generalstreik – mehr aber auch nicht. Stattdessen gab Hitler für die Wahlen im März 1933 die Parole aus: „Kampf gegen den Marxismus!“ Da war der Brand des Reichstags am Abend des 27. Februar 1933, den die Nazis den Kommunisten in die Schuhe schoben, für sie ein „gefundenes Fressen“. Später erinnerte sich der Metternicher Kommunist Jakob Newinger an diese Tage und Wochen Anfang 1933 wie folgt:

**Die Arbeiter waren zur Stelle. Die Arbeiter, die noch an einen Generalstreik glaubten und auch dazu bereit waren, wurden von der SPD und der Gewerkschaftsführung sehr enttäuscht, da diese den Generalstreik ablehnten und damit Hitler den Weg freimachten zur Machtübernahme. Ich kann mich noch gut erinnern, wie der SPD-Abgeordnete Wels im Reichstag sagte, lieber 10 Mal mit den Nazis als einmal mit den Kommunisten. Der Reichstagsbrand von den Faschisten selbst gelegt, war das Signal zur Verhaftung aller Antifaschisten. In erster Linie ging es gegen die KPD, die auch fälschlicherweise beschuldigt wurde, den Reichstag in Brand gesetzt zu haben. Ich selbst wurde am 28. Februar 1933 als erster verhaftet und in Schutzhaft genommen. (In den) darauffolgenden Tagen kamen noch viele Genossen dazu. (...) Die Straße war sehr belebt durch den Karneval. Die Menschen protestierten gegen meine Verhaftung und verlangten meine sofortige Freilassung. Als die Ansammlung immer größer wurde, rief der Naziwirt das Überfallkommando an, was auch bald erschien und mich unter Protest der Massen in das Auto zerzte und ins Polizeigefängnis brachte. Andern tags kamen noch mehr bekannte Genossen dazu.**

Was in Koblenz dramatisch war, durch den Bezug zum Karneval aber noch einen gewissen Einschlag hatte, war anderswo, etwa in Bad Kreuznach eine richtiggehende Menschenjagd. Nach dem Kommunisten Hugo Salzmann fahndeten SA und andere mit Plakaten, auf denen stand: „Tot oder lebendig“ und für dessen Ergreifung man 800 Reichsmark auslobte. Salzmann konnte sich verstecken und dann über das Saargebiet nach Frankreich fliehen. Das unter dem Mandat des Völkerbundes stehende Saargebiet war für viele Kommunisten aus dem Südwesten das Ziel. Dorthin flohen auch der erwähnte RGO-Funktionär Andreas Hoevel und der in Vallendar lebende kommunistische Reichstagsabgeordnete Klaus Thielen.

Die Verhaftungen unmittelbar nach dem Reichstagsbrand gingen weiter. Ein Beispiel dafür ist der Gewerkschafter und Kommunist Alfred Knieper. Er wurde am 10. März 1933 in sog. Schutzhaft genommen und blieb dort fast zwei Monate.

Damit waren schon kurz nach der Machtübernahme der Nazis viele ihrer aktiven politischen Gegner verhaftet, geflohen, eingeschüchtert oder mundtot gemacht. Unterdessen hielten die Führungen der SPD und der Freien Gewerkschaften an ihrem Kurs fest und vermieden generell eine Konfrontation mit den Nazis.

Als die Hitler-Regierung den traditionellen Kampftag der Arbeiterbewegung, den 1. Mai, mit Demonstrationen und Aufmärschen in ihrem Sinne organisierten und erstmals in der deutschen Geschichte zum Feiertag, zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärten, waren die Gewerkschaften mit ihrem Anpassungskurs dabei und riefen ihre Mitglieder zur Teilnahme auf. Ziel der Nazis war es, die Gewerkschaften in Sicherheit zu wiegen und den Arbeiter für sich und die deutsche Volksgemeinschaft zu gewinnen.

Auch in Koblenz und Umgebung wurde der 1. Mai nach Art der Nazis gefeiert. Die nachfolgenden Schlagzeilen aus dem „Koblenzer Nationalblatt“ vermitteln einen gewissen Eindruck:

Die Schlagzeile vom 2. Mai lautete:

### **Der Tag des deutschen Sozialismus – Gewaltige Massenkundgebungen im Südrheinland.**

Und im regionalen Teil von Koblenz hieß es:

### **Koblenz feiert den 1. Mai – und Feuer grüßen über den Rhein – Gewaltiger Lichterzug zum Oberehrenbreitstein – Der Gruß der 10.000 an den Führer.**

Das war das Vorspiel nur und am folgenden Tag kam das, was die Nazis schon längst geplant hatten: die Zerschlagung der Gewerkschaften. Überall im Deutschen Reich stürmte die SA die Gewerkschaftsbüros, verhaftete Funktionäre und beschlagnahmte das Eigentum. Die Regierung erklärte die Freien Gewerkschaften für aufgelöst und bildete die Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Robert Ley als Zwangsvereinigung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Diese Zerschlagung ging rasend schnell und ohne Widerstand vonstatten. Die Nazis verbrämten diesen Totalangriff auf die größten Gewerkschaften der Welt wieder einmal sehr geschickt.

Die Schlagzeile des „Koblenzer Nationalblatt“ am nächsten Tag lautete:

### **Aktion zum Schutz der deutschen Arbeit – Ein Aufruf des Aktionskomitees.**

Und im regionalen Teil wurde getitelt:

### **Die Aktion gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften – Das Eberthaus in Koblenz besetzt.**

Im Text war zu lesen:

**Die Aktion wurde nicht durchgeführt, um die Gewerkschaften zu zerschlagen, sondern um sie dem neuen Staate gleichzuschalten und die Gelder besser zu**

**verwalten, wie es früher geschehen ist. Denn es ist festgestellt worden, dass Gewerkschaftsgelder in reichem Maße für andere Zwecke als die der Arbeiter verwandt wurden. Es wurde also mit den gestrigen Maßnahmen vollkommen im Sinne der Arbeiterschaft und nicht gegen sie gehandelt. (...) Die selbstverständliche Berechtigung der Aktion leitet sich auch aus dem Verlauf des 1. Mai her, der gezeigt hat, dass der Arbeiter in seiner übergroßen Mehrheit vom Marxismus abgerückt ist.**

Und am folgenden Tag hieß es:

**Das Ende der Gewerkschaftsbonzen – Reichsleiter der NSBO Pg. Schuhmann, MdR. Führer sämtlicher Gewerkschaften – Das Begräbnis der Gewerkschaftsbonzokratie – der Aufbau der deutschen Arbeitsfront – Unterstellung der Gewerkschaften unter Adolf Hitler.**

Betroffen von diesen Verhaftungen war der spätere Rheinland-Pfälzer Carl Vollmerhaus. Er wurde im Berliner Gewerkschaftshaus verhaftet und in das Gefängnis Plötzensee gebracht. Meines Wissens wurden in Koblenz in diesem Zusammenhang keine Gewerkschafter in „Schutzhaft“ genommen. In Betracht gekommen wäre vor allem Johann Dötsch. Aber auch er blieb hier noch verschont. Möglicherweise war er als Gewerkschafter nicht so sehr in Erscheinung getreten. Die Nazis nahmen ihn eher als SPD-Mann, als Funktionär und Politiker sowie als Mann der „Eisernen Front“ wahr. Denn verschont blieb er auch nicht. Er wurde aber erst Ende Juni 1933 im Zuge des Verbots der SPD am 22. Juni 1933 als „staats- und volksfeindlich“ in „Schutzhaft“ genommen.

Diese frühen „Schutzhaftnahmen“ waren generell nicht von unbegrenzter Dauer wie die späteren. Dötsch kam bald wieder frei, wurde aber noch einmal vorübergehend in „Schutzhaft“ genommen. Vollmerhaus entließ man im August 1933. Knieper kam – wie gesagt – nach zwei Monaten frei. Er wurde aber am 1. September 1933 erneut festgenommen und ins Konzentrationslager Esterwegen verschleppt. Dort war er 1 ½ Jahre inhaftiert. Newinger blieb in Koblenz in „Schutzhaft“ und kam nach einem Jahr wieder frei.

In einer zweiten Welle bedienten sich die Nazis und ihre Helfer zur Verfolgung ihrer politischen Gegner nicht der Polizei und der Schutzhaft, sondern der Justiz und der Strafhaft. Als André Hoevel im September 1933 aus dem Saargebiet nach Deutschland zurückkehrte, verurteilte ihn das Oberlandesgericht Frankfurt/Main wegen Hochverrats zu 1 ½ Jahren Zuchthaus. Seine Frau Anneliese wurde als „gefährliche und hartnäckige Förderin der illegalen KPD“ mit drei Jahren Zuchthaus bestraft. Der 1934 aus dem Saargebiet zurückkehrende Klaus Thielen, der den Auftrag der KPD hatte, sie neu zu organisieren, wurde beim ersten Kontakt verhaftet und vom Volksgerichtshof zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Bendorfer ehemalige Schulleiter und Sozialdemokrat Hans Bauer und zwei Gewerkschafter namens Gelhard wurden wegen ihres Kontaktes zu einem ins Saargebiet geflohenen Gewerkschaftssekretär und zu einem Grenzsekretariat der Exil-SPD (SOPADE) ebenfalls wegen Hochverrats mit jeweils 2 Jahren und sechs Monaten bzw. zwei Jahren und vier Monaten Zuchthaus bestraft. Den zuvor erwähnten Jakob Newinger verurteilte man wegen des Besitzes illegaler Zeitungen zu 2 Jahren und drei Monaten Zuchthaus.

Viele Verurteilte kamen nach Verbüßung der Strafhaft nicht frei, sondern wurden unmittelbar anschließend oder kurz danach wie es hieß „in Schutzhaft überführt“. Bauer verschleppte man wie seine beiden Kameraden Gelhard ins Konzentrationslager Buchenwald. Hoevel kam auch nach Buchenwald – nachdem er zuvor in den Konzentrationslagern Es-

terwegen und Sachsenhausen gewesen war. Seine Frau Anneliese brachte man nacheinander in die KZ Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück.

Damit waren sehr viele Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter „in die Flucht geschlagen“, hinter Zuchthaus- und KZ-Mauern verschwunden und auch mundtot gemacht worden. Typisch für viele in Freiheit lebenden Sozialdemokraten war Johann Dötsch. Er lebte in Koblenz unauffällig als Handlungsreisender für Seifenartikel und als Obstbauer. Ähnlich ergangen sein könnte es auch den Eheleuten Hoevel, als sie 1939, nach bald 5 Jahren verschiedenster Haft, aus dem Konzentrationslager entlassen wurden und dann in Koblenz-Metternich den Obst- und Gemüsegroßhandel eines plötzlich verstorbenen Angehörigen von Andreas Hoevel übernahmen.

Mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges ergab sich für die politischen Gegner des Nationalsozialismus eine neue, noch gefährlichere Situation. Zu ihr gehörte u.a. die „A-Kartei-Aktion“. Die Gestapo hatte für den Fall eines Krieges schon länger eine Kartei mit insgesamt etwa 850 Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern angelegt. Diese sollten bei Ausbruch des Krieges festgenommen, in „Schutzhaft“ gebracht und in ein Konzentrationslager überführt werden. Damit wollte man sicher gehen, dass diese – früheren – Gegner keine wie auch immer geartete Sabotage bei Kriegsbeginn und danach begehen konnten. Aufgrund dieser Aktion wurden der Metternicher Johann Dötsch und der Höhr-Grenzhausener Alfred Knieper festgenommen und nach Sachsenhausen bzw. Buchenwald verschleppt. Carl Vollmerhaus brachte man im September 1939 mit ca. 100 Berliner Gewerkschaftern ins KZ Sachsenhausen.

Mit Kriegsbeginn schufen die Nazis und ihre juristischen Helfer neu Straftatbestände, Strafschärfungen bestehender Gesetze – oft die Todesstrafe - und neue Strafvollzugsregelungen.

Unter Strafe stand etwa das Abhören ausländischer Sender. Das wurde den Eheleuten Hoevel zum Verhängnis. Sie hatten in Koblenz um sich einen kleinen Kreis Gleichgesinnter geschart. Zu ihnen gehörte auch der bereits erwähnte Jakob Newinger. Wegen des Radiohörens und der Verbreitung dieser Nachrichten auch in die Wehrmacht hinein wurden André und Anneliese Hoevel zum Tode verurteilt und im Zuchthaus Frankfurt-Preungesheim hingerichtet. Jakob Newinger entging nur knapp dem Fallbeil. Sein ehemaliger Kompaniechef in China setzte sich für ihn ein und erreichte eine Zuchthausstrafe von „nur“ 10 Jahren. Der zu 15 Jahren verurteilte Klaus Thielen wurde aus dem Zuchthaus in das KZ Mauthausen in Oberösterreich verschleppt. Man wollte solche Häftlinge – wie es hieß – nicht weiter konservieren. Die Parole hieß: „Vernichtung durch Arbeit“. Thielen erhielt den „R.u.-Vermerk“ – „Rückkehr unerwünscht“ und wurde in Mauthausen, das die Häftlinge „Mordhausen“ nannten, Anfang 1944 ermordet.

Selbst die rechtzeitig ins Ausland geflohenen und dort gebliebenen politischen Gegner waren ihres Lebens nicht sicher. Hugo Salzmann, dessen Frau und Sohn ihm alsbald folgten, lebte illegal in Paris und musste hart um seine Existenz kämpfen. Immerhin gelang es ihm nach einiger Zeit, Literatur-Obmann der KPD-Emigrantenleitung in Paris zu werden. Wie viele andere deutsche Emigranten auch, wurde er bei Kriegsbeginn interniert und in das südfranzösische Konzentrationslager Le Vernet verschleppt. Um in dieser bedrückenden Situation eine sinnvolle Beschäftigung und Abwechslung zu haben, begann er mit einem ihm belassenen Taschenmesser und Suppenknochen kleine Kunstwerke zu schnitzen, bekannt wurde er für seine Knochenringe.



Währenddessen wurde seine illegal lebende Frau Julianna von den Franzosen gezwungen, sich zu stellen. Das tat sie auch und wurde an die Gestapo ausgeliefert. Ein Jahr lang war sie in „Schutzhaft“ in Koblenz. Da man ihr nichts nachweisen konnte, legte man eine Gestapo-Spitzelin in die Zelle. Diese brachte sie zum Sprechen und sorgte dafür, dass sie in das Frauen-KZ Ravensbrück kam. Dort starb Julianna Salzmann im Dezember 1944 an Entkräftung. Ihr Mann Hugo wurde ein Jahr später von den Franzosen ebenfalls an die Gestapo ausgeliefert und war ein Jahr im Koblenzer Gefängnis inhaftiert. Wegen seiner exilpolitischen Tätigkeit verurteilte ihn der Volksgerichtshof „nur“ zu 8 Jahren Zuchthaus.

Die Befreiung kam für die den NS-Terror-Überlebenden zu verschiedenen Zeiten und unter unterschiedlichen Umständen. Johann Dötsch etwa wurde im April 1945 vom KZ Sachsenhausen auf den „Todesmarsch“ in Richtung Ostsee getrieben. Wer schwach war und nicht mithalten konnte, wurde von der SS-Wachmannschaft erbarmungslos getötet und am Straßenrand liegen gelassen. Dötsch überlebte und wurde – schwerkrank – in der Nähe von Schwerin befreit.

Er kehrte nach Koblenz zurück und wurde in der Anfang 1946 gebildeten Provinz Rheinland-Hessen-Nassau Präsidialdirektor, also ein kleiner „Minister“. Vom Tod gezeichnet, ging für ihn doch noch ein Wunsch in Erfüllung. Wie später sein Pflegesohn Fritz Görden und sein Patenkind Günther Pauli (der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete) berichteten, ließ er sich Mitte September 1946 auf einer Bahre zum Wahllokal tragen, um an den ersten freien Wahlen nach dem NS-Regime teilnehmen zu können. Drei Wochen später starb Johann Dötsch an den Folgen der KZ-Haft.

Ein ähnliches Schicksal hatte der im KZ Buchenwald befreite Hans Bauer. Auch er kehrte krank und geschwächt nach Bendorf zurück, wurde noch Oberstudiendirektor eines Gymnasiums in Traben-Trarbach, verunglückte 1947 aber auf dem Weg zur Schule tödlich.

Johann Dötsch hatte sich im KZ Sachsenhausen mit dem Berliner Gewerkschafter Carl Vollmerhaus angefreundet und war mit ihm auf dem „Todesmarsch“ gewesen. Als entschiedener Gegner der Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone nahm Vollmerhaus die Einladung seines Freundes Dötsch nach Koblenz an. Hier beteiligte er sich sogleich am Aufbau der Gewerkschaften, wurde Aufsichtsratsvorsitzender der Konsumgenossenschaft Mittelrhein, Vorsitzender des Arbeitsgerichts Koblenz und lange Jahre 2. Vorsitzender der ÖTV Koblenz. Carl Vollmerhaus starb 1979 im Alter von 95 Jahren in Koblenz.

Alfred Knieper kehrte nach seiner Befreiung aus dem KZ Buchenwald nach Höhr-Grenzhausen zurück und machte eine Karriere als Verwaltungsbeamter. Im Jahr 1950 war er Regierungsvizepräsident der damaligen Bezirksregierung Montabaur. Dabei vergaß er nicht seine politische Heimat. Er half mit, die KPD wiederaufzubauen, war Mitglied des Landesvorstandes der KPD und Landesvorsitzender der VVN. Als es im Jahr 1950 zu den ersten Berufsverboten für Kommunisten im öffentlichen Dienst kam, stellte das Knieper vor eine schwere Entscheidung: Beruf oder Partei. Er entschied sich für den Beruf, legte seine Ämter in der KPD und der VVN nieder und trat aus beiden aus. Aber nur mit großer Mühe gelang es ihm, Beamter zu bleiben, zuletzt Regierungsdirektor. Alfred Knieper starb im Jahr 1973.

Jakob Newinger war nach der Befreiung im Zuchthaus Siegburg bald wieder in Koblenz aktiv. Er wurde Hallenmeister des Schlachthofs und Betriebsratsvorsitzender. Auch war er beim Wiederaufbau der KPD aktiv, Mitglied des Bürgerrats und bemühte sich – vergebens

– um eine Einheitsfront von KPD und SPD. Als Arbeiter hatte er Glück und war von den Berufsverboten nicht betroffen. Jakob Newinger trat 1954 in den Ruhestand und starb 1972.

Hugo Salzmann kehrte nach seiner Befreiung aus dem Zuchthaus Butzbach nach Bad Kreuznach zurück. Er machte da weiter, wo er bei seiner Flucht vor den Nazis hatte aufhören müssen: Er war aktiv beim Wiederaufbau der Gewerkschaften und wurde sehr bald Gewerkschaftssekretär für Arbeits- und Sozialrecht. Auch baute er die KPD wieder auf, war Kommunalpolitiker im Stadtrat von Bad Kreuznach und im Kreistag. Außerdem engagierte er sich für die Opfer des Nationalsozialismus, war aktiv bei der VVN und setzte sich sehr stark für die sozialen Belange der arbeitenden und sozial schwachen Bevölkerung von Bad Kreuznach ein.

Eine seiner letzten „Amtshandlungen“ als Stadtrat von Bad Kreuznach war die feierliche Einweihung der Alten Nahebrücke im Juni 1956. Zwei Monate später verbot das Bundesverfassungsgericht die KPD und alle ihre Nebenorganisationen. Damit verlor auch er sein Stadtratsmandat. Nach vielen Jahren der Verfolgung und dem Tod seiner Frau Julianna war er seiner politischen Heimat und Betätigung beraubt und stürzte in eine schwere weitere Lebenskrise. Er blieb aber Gewerkschaftssekretär, bis er 1968 in den Ruhestand ging. Auch danach hielt er guten Kontakt zu Weggefährten wie etwa Karl Thorwirth. Zahlreiche Ehrungen wurden ihm zuteil, gerade auch zu seinem 75. Geburtstag am 4. Februar 1978. Aus der Hand des Landesvorsitzenden des DGB Julius Lehlbach erhielt er den Ehrenteller des DGB und wenig später die Ehrung für 60 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft. Der Öffentliche Anzeiger von Bad Kreuznach berichtete über ihn mit der Überschrift: „Gewerkschafter mit Charakter und ein guter Mensch.“

Seine Lebenskrise hatte er schon längst überwunden. Eine entscheidende Hilfe dabei war ihm das Wiederentdecken der Schnitzkunst, die ihm seinerzeit das Überleben im KZ Le Vernet erleichtert hatte. Jetzt waren es aber keine Suppenknochen mehr, sondern das Material war im Wesentlichen Holz. Auf zahlreichen Ausstellungen – gerade auch des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz - zeigte er immer wieder gern sein künstlerisches Werk, etwa in Mainz oder auch in der Bundesschule des DGB in Bad Kreuznach.

Seine Tochter, Frau Julianna Salzmann, hat nach seinem Tod im Jahr 1979 die meisten seiner Arbeiten in ihrem Besitz. Sie hat heute einige Schnitzereien mitgebracht und wird Ihnen nach dem zweiten Vortrag mit Lebensbildern aus der Pfalz von Herrn Dr. Becker diese Exponate gern zeigen und Rede und Antwort stehen.

Vielen Dank.